

Heppenheim, 28.10.2026

Sehr geehrter Herr Dietz-Verrier,

in Ihrer Funktion als bildungspolitischer Sprecher der AfD-Kreistagsfraktion Bergstraße haben Sie mich als Schulleiterin kontaktiert und Ihrer Verwunderung ob der Berichterstattung im Starkenburger Echo zur Eröffnung der Interkulturellen Woche, die jährlich am SGH stattfindet, Ausdruck verliehen.

In einigen Aspekten teile ich diese Verwunderung, da der Bericht in der Tat Aussagen enthält, die in der dargestellten und zitierten Form auf der Veranstaltung so nicht gefallen sind bzw. in einen falschen oder irreführenden Zusammenhang gestellt wurden. Dies habe ich dem Echo bereits mitgeteilt.

Der Vortrag enthielt keinen Filmbeitrag, wie im Artikel behauptet, sondern wurde durch eine Präsentation gestützt. In der Vorbereitung auf die Veranstaltung (und auch anlässlich der Aktualität der Wahl in Sachsen-Anhalt) hatten die Schülerinnen und Schüler des Politik- und Wirtschaftsorientierungskurses sich intensiv mit dem Wahlprogramm der AfD auseinandergesetzt und versuchten zu einem Verständnis darüber zu kommen, inwieweit sich bei Umsetzung der einzelnen Punkte auch ihr eigener Alltag verändern würde. Sie griffen im Rahmen eines Gedankenexperiments einzelne Aspekte heraus (z. B. Familienbild, Bildungsziele, Inklusion), übertrugen diese auf ihre derzeitigen Erfahrungen und ihre aktuelle Lebenswelt und versuchten, die möglichen Veränderungen zu thematisieren.

Dabei stellten sie fest, dass die AfD ein Familienbild propagiert, das die Familie mit Vater, Mutter und Kind(ern) als „Normalfall“ annimmt. Sie zogen daraus die Schlussfolgerung, dass es bei der von Ihrer Partei angestrebten Konstellation möglicherweise dazu kommen kann, dass konservative Rollenerwartungen erneut in den Vordergrund treten könnten. Die Positionierung, die die AfD in aller Klarheit gegen andere Lebensformen und z. B. queere Menschen bezieht, beschäftigt Schülerinnen und Schüler verständlicherweise.

Des Weiteren thematisierten sie die Forderungen Ihrer Partei, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in gesonderten Klassen zu unterrichten seien und die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen wieder zugunsten des Förderschulsystems rückgängig gemacht werden sollte. Im Zeitungsartikel hört es sich hingegen so an, als sollten Kinder mit Migrationshintergrund auf

gänzlich andere Schulen geschickt werden. Das wurde so allerdings von den Schülerinnen und Schülern nicht formuliert.

Der Ausgangspunkt der Überlegungen der Schülerinnen und Schüler war ihre Sorge, welche Veränderungen und Einschränkungen ihr Leben bei der Umsetzung Ihrer Wahlprogramme haben könnten. Das ist eine legitime und durch die Bildungsstandards abgesicherte Herangehensweise. Und auch in dem Zeitungsartikel ist ja ganz explizit von einem „Gedankenexperiment“ die Rede.

Die Äußerungen der Schülerinnen und Schüler waren deutlich komplexer und differenzierter als der Artikel es vermuten lässt. Eine verkürzte, aus dem Kontext gerissene und missverständlich zusammengesetzte Zusammenfassung der Veranstaltung wird der Eröffnung daher leider nicht gerecht. Da Sie selbst sich nur auf den Artikel beziehen können, verstehe ich, dass bei Ihnen ein sehr eindimensionaler Eindruck entstanden ist. Die Kritik, auch meine, ist hier ganz klar an die Darstellung im Zeitungsartikel gerichtet.

Unabhängig von der Veranstaltung irritiert es mich, dass Sie es zunächst nicht dabei belassen, mich im Sinne einer Klärung des Sachverhaltes zu kontaktieren. Stattdessen veröffentlichten Sie den Brief mit Nennung des Klarnamens der von Ihnen adressierten Kollegin (und leider nicht mit meinem Namen, der sich auf der Homepage meiner Schule sehr leicht recherchieren ließe) auf der Website Ihrer Partei und merken an, dass Sie noch keine Antwort erhalten hätten. Als Studienrat a. D. und bildungspolitischer Sprecher dürften Sie sich der Tatsache bewusst gewesen sein, dass Ihre Mail die Schule am ersten Tag der Herbstferien erreichte. Die Meldung auf der Website unterstellt, dass die Schule bisher möglicherweise absichtlich noch nicht reagiert habe.

Ihr Angebot eines Dialogs mit Ihnen zu den Aussagen Ihrer Partei in dieser Sache erachte ich im aktuellen Kontext Ihres Anliegens für nicht erforderlich. Jeder, der die Positionen und die Vorhaben der AfD Deutschland oder Sachsen-Anhalt verstehen möchte, findet reichlich Auskunft in den Parteiprogrammen, die sehr eindeutig formuliert sind und keinerlei Interpretationsspielraum lassen. Sie sind daher für junge Menschen an unserer Schule recht einfach zu verstehen und zu durchdringen.

Dass diese jungen Menschen aus ihrer Recherche Sorgen ableiten und ihre Ängste in Gedankenexperimenten verbalisieren, ist Teil des von Ihnen eingeforderten

demokratischen Diskurses. Für die Schülerinnen und Schüler geht es nicht um Worte auf dem Papier, es geht um ihre gelebte Zukunft und ihre unmittelbare Lebenswelt.

Als Schulleiterin des Starkenburg-Gymnasiums Heppenheim setze ich zusammen mit einem engagierten und an demokratischen Werten orientierten Kollegium die Prinzipien des Hessischen Schulgesetzes jeden Tag um. Dies beinhaltet kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen ebenso wie die Thematisierung von Sorgen und Ängsten junger Menschen in Deutschland, Europa und weltweit.

Mit freundlichen Grüßen
OstDn Katja Eicke-Brieskorn
Schulleiterin